



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 14. September 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-10-0013

Wiederholung der Umfrage zum Sicherheitsgefühl junger Wiesbadenerinnen und Wiesbadener im öffentlichen Raum - Antrag der AfD Fraktion vom 07.09.2021 -

Die Umfrage unter jungen Menschen in Wiesbaden zu ihrem Sicherheitsgefühl in der Öffentlichkeit hat im Herbst 2019 beunruhigende Fakten über unsere Stadt zu Tage gefördert. So gaben 50 % der Befragten an, sich in Wiesbaden unsicherer als fünf Jahre zuvor zu fühlen. Schlimmer noch waren alle die Antworten, die sich auf Erfahrungen junger Frauen, vornehmlich in der Innenstadt, bezogen. Beispielhaft für die zahlreichen Berichte aus dem Freitextteil der Umfrage steht dieser Bericht einer jungen Frau:

„Obwohl ich selbst einen Migrationshintergrund habe finde ich, dass die Personengruppen aus den arabisch sprachigen Ländern mir ein unsicheres Gefühl vermitteln. Schlimmer ist es für Frauen, da jeglicher Respekt fehlt und ein Vorbeilaufen ohne perverse Kommentare nicht möglich ist.“

Das hier beschriebene Verhalten, auch verniedlichend „Cat-Calling“ genannt, gehört laut Umfrage spätestens seit 2014 zu einer Alltagserfahrung junger Frauen in Wiesbaden. Von den befragten Frauen gaben 60% an, in den fünf Jahren angepöbelt oder bedroht worden zu sein; 44 % seien Opfer sexueller Belästigung geworden. Dabei wurden von diesen und anderen Vorfällen und Straftaten gerade einmal 17% zur Anzeige gebracht. Auch machen die Befragten keinen Hehl daraus, wen sie als Bedrohung für sich in der Stadt wahrnehmen: mit 253 Nennungen werden am zweithäufigsten Ausländer/Flüchtlinge/Asylbewerber genannt. Und die jungen Frauen ziehen längst Konsequenzen aus ihren Erfahrungen: 77% gaben an, im Dunkeln Fremden auszuweichen, 74 % meiden gewisse Straßen und Plätze und 48% gehen abends seltener allein aus dem Haus.

Zu den Skandalen der letzten Legislaturperiode gehörte, dass sich die Stadtverordnetenversammlung der Beschäftigung mit dieser Umfrage fraktionsübergreifend verweigert hat - mit einer einzigen Ausnahme. Diese Weigerung setzt sich auch in der Gegenwart fort. Auch der Masterplan Innenstadt hat schließlich zu Tage gefördert, dass sowohl der Einzelhandel als auch die Gastronomie die Sicherheit als eines der größten und andauernden Probleme der Innenstadt werten. Nur die Sauberkeit wurde als noch schlechter eingeschätzt. Bei der politischen Debatte über die Revitalisierung der Innenstadt ist dieser Aspekt bislang nicht oder nicht ausreichend gewürdigt worden. Eine lebendigere Innenstadt wird es aber nur mit einer sichereren Innenstadt geben.

Die Sicherheitspolitik der Stadt braucht mehr denn je eine gute empirische Grundlage, um die Entwicklung nicht nur der objektiven Sicherheitslage sondern auch das Sicherheitsgefühls der Menschen richtig einschätzen und dann politische Antworten darauf finden zu können. Dazu braucht es auch präzisere Fragen an die Bürger, um genauere Erkenntnisse über Erfolge und Mängel der Sicherheitspolitik der letzten Jahre zu ermitteln.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Das Amt für Statistik und Stadtforschung wird beauftragt, die Befragung „Das Sicherheitsgefühl junger Wiesbadenerinnen und Wiesbadener“ in diesem Herbst/Winter zu wiederholen. Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird die Befragung mit identischen Fragen und nach identischem Erhebungskonzept (entsprechend Tab. 1A, Seite 41) wie 2019 wiederholt.
 2. Die Befragung wird um die folgenden Fragen ergänzt:
Q2a: Warum fühlen Sie sich heute weniger sicher als vor fünf Jahren? Welche Ursachen hat dies Ihrer Meinung nach? (offen, Freitexteingabe)
Q2b: Warum fühlen Sie sich heute sicherer als vor fünf Jahren? Welche Ursachen hat dies Ihrer Meinung nach? (offen, Freitexteingabe)
Q6c: Warum haben Sie den Vorfall nicht der Polizei gemeldet? (Mehrfachnennung möglich, Freitextfeld zu Antwortoption „anderer Grund, und zwar:“)
 3. Anders als 2019 ist sowohl den Fraktionen als auch der Öffentlichkeit der Freitextband der Umfrage vollständig zugänglich zu machen.
 4. Die Frauenbeauftragte wird gebeten, ihre Sicht auf die Umfrageergebnisse von 2019 und die Sicherheit von insbesondere jungen Frauen in der Innenstadt darzulegen.
-

Beschluss Nr. 0048

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2021

Mechthilde Coigné
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2021

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister